

Erfahrung hinreichend gesichert ist, aber weil es ein Bischof war, der diese Worte sprach, und weil seine Phrasologie sich mit gewaltigem Stimmwandel verbund, und weil es endlich den Zuhörern schmeichelte, sich als die wahren Kulturträger gefeiert zu sehen, deshalb gab's bei den Sägen des Speyerer Bischofs tosende Beifallstürme.

Heute morgen fand die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Zentrumsabgeordneter Trimborn hielt die Hauptrede. Was es sein, daß Herr Trimborn seit dem Verlust seines Kölner Reichstagsmandats an Wirkungskraft eingebüßt hat, mag es sein, daß der lothringische Boden sich weniger empfänglich für seine Kraftworte zeigt als die Gegenden anderswo, jedenfalls ließ er die Verkündigung kalt, wenn er auch noch so sehr die Hände gen Himmel streckte und seine Stimme sich in noch höhere Töne als sonst erhob. Nach seiner Rede erwiderte Bischof Benzler mit einigen Beileitern. Herr Trimborn, der auf diesen Zwischenfall vorbereitet war, begrüßte den Kirchenfürsten und versicherte, daß der Volksverein mit beiden Füßen auf dem Boden des positiven katholischen Glaubens stehe; seine Arbeit werde nur gerichtet im engeren Zusammenhang mit dem Episkopat. „Wenn uns — so schloß Herr Trimborn seine Ansprache — je der Gedanke kommen könnte, daß wir das Vertrauen der Bischöfe nicht mehr besitzen, dann wäre damit die Hauptquelle unserer Arbeitsfruchtbarkeit veräußert und wir würden daraus die Konsequenzen ziehen. Aber wir besitzen dieses Vertrauen und deshalb dürfen und werden wir weiter arbeiten in der bisherigen Weise.“

Aus dem Tätigkeitsbericht, den Direktor Dr. Brauns erstattete, ist zu entnehmen, daß der Volksverein gegenwärtig 775 000 Mitglieder zählt. Davon kommen auf die Rheinprovinz 240 000, Westfalen 160 000, Bayern 110 000, Baden 60 000, Württemberg 37 000, Hessen-Nassau 33 000, Elsaß-Lothringen 30 000 und Großherzogtum Hessen 15 000. Auf den Westen und Süden Deutschlands entfallen 685 000 Volksvereinsmitglieder, das ganze übrige Deutschland bezieht sich mit 90 000. Brauns pries den Volksverein als diejenige soziale Organisation, deren Wirken der religions- und gesellschaftsfeindlichen Arbeit am erfolgreichsten entgegengetreten habe — was nicht verhindert hat, daß Köln und Düsseldorf bei der Reichstagswahl in den Besitz der Sozialdemokratie übergingen und die Stimmen der Sozialdemokratie im Hauptbereich der M.-Glückbacher Wirksamkeit stetig gewachsen sind. Dr. Brauns kam auch auf die in letzter Zeit sich häufenden Zeichen sozialpolitischer Erschlaffung und Mißwilligkeit zu sprechen. Der Glaube an den Wert der sozialen Arbeit sei bei vielen schwandend geworden. Kritiker von Profession seien bestrebt, der Gegenwart die Freude an den Erfolgen der sozialen Arbeit zu verfehlen. In den Kreisen der Seelsofger erwäge man, ob nicht das Religiöse genüge, und in der Arbeiterklasse gebe es manche, die außerhalb der Fabrik an der Kneipe und sonstigen Nichtigkeiten ihr Genügen fänden. Diese Umstände seien geeignet, dem Industriefeindalismus die Wege zu ebnen, und das werde sich als noch viel gefährlicher erweisen als der Karawendalismus. An die Stelle des Mißmut und der Gleichgültigkeit müsse wieder der soziale Optimismus treten — wobei Herr Brauns nur vergaß, seine eigene Partei, das Zentrum, als diejenige anzuklagen, die trotz ihrer großen Worte und vielen Versprechungen in der Untätigkeit und Widerwilligkeit auf sozialpolitischem Gebiete am meisten Schuld auf sich geladen hat.

In der dritten geschlossenen Versammlung wurden heute die Anträge des ersten Ausschusses zu Ende beraten. Herr Matthias Erzberger hielt eine gemaltige Missionrede. In Japan, in China, in Indien, in Afrika und in Amerika sieht er ein neues Zeitalter für die Erneuerung der Welt in Christo andeuten. Was vor drei und vier Jahrhunderten, als neue Weltteile entdeckt wurden, verkümmert worden, nämlich die Wälder des Erdballs für das Christentum zu gewinnen, das müsse jetzt nachgeholt werden. Die Stunde sei gekommen, wo es sich entscheide, ob die Welt in Zukunft ein christliches oder ein neubuddhistisches Gesicht tragen werde. Mit einem „Gott will es!“ schloß Herr Erzberger, ein neuer Gottfried von Bouillon, seine Kreuzzugsrede. Auch ein chinesischer Missionar, Franziskanerpater Bölling, trat auf. Er wies hin auf die Notwendigkeit, in China katholische Schulen, niedere und höhere, zu gründen. Er führte das Beispiel von Rockefeller an, der für Zwecke der evangelischen Mission Hunderttausende opfere, und als Gegenbeispiel eine katholische Gräfin, die für eine Soiree 10 000 M. ausgegeben und am andern Tage, als ihr eine Liste für eine Missionspende vorgelegt wurde, 3 M. gegeben habe. Als der Redner einen Sob begann: „Wir haben in Deutschland 800 katholische Missionäre“, erlöste von der Tribüne ein kräftiges „Bravo!“ Christus hat zwar den Säugetierkern gelüftet und von der Möglichkeit geredet, daß ein Kamel eher durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher ins Himmelreich gelange. Seine Nachfolger von heute aber rufen: Es leben die Millionäre! — Von den manchen in der heutigen geschlossenen Versammlung angenommenen Anträgen sei der Beschluß genannt, daß der nächste Katholikentag in Münster stattfinden soll.

Die zweite geschlossene Versammlung wurde eingeleitet durch eine Rede des Bischofs von Luxemburg gegen die Freimaurerei. Die Loge nennt er eine Macht, die alles zerstören will. Ihr Geheiß ist die Loge, ihr Gott der Dämon, und er hofft, daß die Fürsten und die Völker alles daran setzen, die Welt von diesem Uebel zu befreien. In Luxemburg seien liberale Dummköpfe, sozialistische Streber, Revolutionäre und Arbeiter zusammengelassen, um dem Lande einen Kulturkampf zu beschaffen. Dazu habe man sich die Schule ausdenken und ein Gesetz zustande gebracht, wie es verfaßt und beachtlicher nicht gedacht werden könne. In Luxemburg könne man lernen, wozu ein Volk in kurzer Zeit komme, wenn man erst warte, bis die Freimaurerei die Wurzeln der Gesellschaft vergiftet habe. — Der Präsident dankte dem Redner und versprach, daß die deutschen Katholiken ihre Brüder in Luxemburg bei ihrem Kampfe zur Seite stehen würden.

Ueber Adolf Kolping, den Gejellenvater, redete Prälat Schwieper, der jetzige Generalpräses des Gejellenvereins. Erziehung zur katholischen Weltanschauung und

Auswirkung dieser Weltanschauung im privaten wie im öffentlichen Leben — das sei Kolpings Lebensaufgabe gewesen; sein Versein, dessen Grundlage scheinbar eine weltliche war, sollte lediglich ein Arbeitsmittel der katholischen Seelsorge im modernen Leben sein, ein Einigungs- und Kräftigungsmittel für Katholizismus der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Kolping habe die Arbeit im Lichte des Glaubens betrachtet, als ein Mittel zur wirtschaftlichen Hebung und dadurch als eine Erleichterung im Ringen um das ewige Ziel. — Wenn man in Betracht zieht, daß der Gejellensverein in Deutschland es nicht über 60 000 Mitglieder gebracht hat und es auch wohl nicht weiter bringen wird, dann kann man der „katholischen Weltanschauung“, von der Kolping bei seinem Wirken ausging, nicht allzu viel Anziehungskraft nachsagen. Und wenn Prälat Schwieper das Wort Windthorst's stützte, daß der Gejellensverein mehr zur Bekämpfung des Sozialismus gelang habe als alle Staatsgesetze, so will das bei der völligen Unwirksamkeit der staatlichen Bekämpfung des Sozialismus nicht viel heißen. In Köln, dem Sitz des Generalpräsidiums des Gejellenvereins, ist heute die Sozialdemokratie die stärkste Partei — trotz Kolping und seinen Gejellen.

Deutsches Reich.

Der Prozeß gegen die Kruppdirektoren.

Wie nunmehr bestimmt verlautet, ist das Untersuchungsverfahren in der Kruppangelegenheit gegen Brandt und Genossen und eine große Anzahl Direktoren der Firma Krupp in Essen, auf den früheren Generaldirektor Landrat a. D. Rötger, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industriellen, ausgebeht. Die Anklage ist noch nicht erhoben. Die Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I dürfte vor November nicht stattfinden.

Vom Krankenlager der preussischen Wahlreform.

Verstorbene Blätter wollen wissen, daß eine Herbsttagung des Dreiklassenlandtags geplant sei, die Anfang November beginnen soll. Auf der Tagesordnung stehen alle möglichen sozialen Dinge, das Diebstahlgesetz, das Ausgrabungsgesetz und anderes, nur von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart! — Man hat wohl eine Spur. Zum Ueberflus melbet eine parlamentarische Korrespondenz, daß eine neue Wahlrechtsvorlage der Regierung nicht geplant sei. Nicht einmal die Vorarbeiten zu einem derartigen Entwurf sind bisher in Angriff genommen, sondern man beschränkt sich bisher in Angriff genommen, sondern man beschränkt sich darauf, „Material“ zu sammeln. Es werden Verhandlungen mit den großen Parteien des Landtags im nächsten Winter abgesehen, ob vielleicht in einem Jahre der Versuch einer Reform des Wahlrechts mit Erfolg wiederholt werden kann.

Die königlich preussische Regierung entwickelt in der Verfolgung ihrer reformistischen Absichten eine „Energie“, die zur Verwunderung zwingt. Nachdem sie im Jahre 1910 einen so verpöhlenden Entwurf herausgebracht, daß sie auf seine Annahme nicht rechnen konnte — und mit der Annahme wäre auch nichts geholfen gewesen! — hat sie sich auf die Wächterhäute des Ultraliberalen zurückgezogen und überläßt sich dort vollständig ihren nachdenklichen Betrachtungen. Sie erinnert in ihrer Bescheidenheit ganz an die Weisheiten der einstigen Türkei, die ja auch stets auf dem Standpunkt stand: Reformen haben Zeit.

Ja, wenn es sich um eine Militärvorlage handelte. Was es im Reichstage darum ging, jährlich 63 000 Mann mehr in die Reihen zu holen, wie wurde der sonst so apathische und phlegmatische Herr v. Bethmann plötzlich lebhaft und energisch. Aber wenn es sich um das Recht des Volkes handelt, da schläft der Herr v. Bethmann einen guten Schlaf und mit ihm unter einer Decke die Döllwig, die Hedderband und die Pappenhelm.

Aber die preussische Wahlrechtsbewegung ist nicht zu Ende, sie wird sich zweifellos in der nächsten Zeit verschärfen. Dafür sprechen alle Umstände, dafür spricht vor allem die herausragende Krise, die alle Volkselemente aus sich selbst erregt wird. Die Regierung spielt ein verwerfliches und ein gefährliches Spiel. Und für den Verlust, der daraus entstehen kann, wird sie vor der Geschichte die volle Verantwortung zu tragen haben!

Die Franzosenhete.

Vor drei Jahren hat sich der traurige Fall ereignet, daß ein Fremdenlegationär namens Müller in Marokko wegen Desertion vor dem Feinde erschossen wurde. In der französischen Presse wurde dieser Vorfall neuerdings ausgegraben und ein Entschuldigendes der deutschen Regierung gefordert, obwohl gar nicht feststeht, daß Müller ein Reichsdeutscher gewesen ist. Die Nordd. Allg. Ztg. stellt jetzt fest, daß Müller sich selbst als geborenen Bürger bezeichnet hat, sonach hätte jede Handhabung zu einem Eingreifen gefehlt. Weiter wird mitgeteilt:

Die in den deutschen Zeitungsdrucken über den Fall Müller vielfach wiederkehrende Angabe, Müller sei bei seiner Vergrößerung verwundet gewesen und deshalb im Krankenhaus untergebracht worden, wo er bis zur Vollstreckung des Todesurteils seine Wiederherstellung habe abwarten müssen, wird von französischer Seite nicht als richtig anerkannt. Müller beand sich vielmehr im Gefängnis in Ujda. Fest steht, daß die Eltern des Erschossenen, die den Zeitungsdrucken zufolge die Begnadigung ihres Sohnes betrieben und auch eine Reihe nach Alger nicht geschickt hätten, sich bisher nicht gemeldet haben, um durch ihr Zeugnis zur weiteren Klärung der Angelegenheit beizutragen.

Die an sich schon sehr traurige Nachricht ist also mit erfundenen Einzelheiten ausgeschmückt worden, um die Erregung zu steigern. Sonst hätte man sich am Ende von Anfang an gefast, daß der Erschossene zwar das Opfer brutaler Kriegsgewalt ist, daß er sich diesem Recht aber selber unterstellte, da er sich dem französischen Imperialismus als Kriegskrieg verdingte.

Nachdem der Fall Müller so erledigt ist, hat der Westfälische Anzeiger mit einem neuen Fall Simon aufgemauert. Ein Deutscher namens Max Simon sollte seinen Eltern in Hagen einen Brief geschrieben haben, der in seinem angeleglichen Wortlaut wiedergegeben wurde. Es war darin in sehr trübsinniger und romantischer Weise angeführt, daß der Briefschreiber wegen viermaliger Desertion erschossen werden sollte. Jetzt wird von französischer Seite festgestellt, daß sich

Max Simon allerdings in der Region befindet, doch hat er weder desertiert noch soll er erschossen werden. Er hat also natürlich auch nicht den Brief geschrieben, der im Westfälischen Anzeiger gedruckt war, sondern im Gegenteil in einem Brief an seinen Bruder sein Verhalten darüber ausgeführt, daß er noch nicht nach Marokko geschickt sei, wo er ein geeignetes Schlachtfeld für seine Verdienste zu finden hofft.

War also im Fall Müller nur das Um und Auf erfunden, so ist der Fall Simon vollständig Phantasieprodukt. Also wieder nichts! Aber der Faden reißt nicht. Am Tage des französischen Dementis bringt die edle Post, die sich schon in der vollständig erledigten Affäre Schneider so sehr ausgezeichnet, aus Neuz folgende Schreckensbotschaft:

Anlässlich des Beschlages auf den Schlachtfeldern von Mars la Tour, an dem mehr als 20 000 Personen teilnahmen, kam es zu Zwischenfällen zwischen den französischen Vereinen und Deutschen. Mehrere französische Jünglingsvereine hatten sich der deutschen Grenze genähert und dabei auch „eisig-lothringischen“ nicht deutschen, wie die französische Presse hervorhebt, Boden betreten, als sie von einigen deutschen Soldaten aufgefordert wurden, ihre blaue-weiße-rote Blumenspränzen abzugeben, die sie in den Anopfländern und an den Häuten tragen zu entfernen. Die Teilnehmer zogen sich jedoch hastig auf französische Boden zurück und riefen den Soldaten über die Grenze zu: „Kommt doch hierher, wenn Ihr was wollt. Nehmt sie uns doch hier weg.“

Außerdem sollen ein paar deutsche Simonabendhändler jenseits der Grenze beschlagnahmt worden sein. Da es aber deswegen wahrscheinlich noch immer keinen Krieg geben wird, muß man eifrig weiter Nachrichten fabrizieren, um die Bälle gegeneinander zu hegen. Es kann gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß hier eine organisierte Fälscherbande ihre Umwehen treibt. Von ihren Taten wird man in der nächsten Zeit wahrscheinlich noch viel mehr zu hören bekommen.

Militärjustiz.

Seben Jahre zehn Monate Gefängnis!

In der ungenügenden Strafe von sieben Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilte am Montag das Kriegsgericht in Magdeburg den Infanterieregimentsführer v. der 7. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 37 in Halberstadt. Der Angeklagte war beschuldigt, sich eines tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft schuldig gemacht sowie einen Vorgesetzten beleidigt zu haben. Der Angeklagte hat die Tat am 27. Juli d. J. auf dem Exercierplatz in Halberstadt begangen. Der Vorgesetzte v. der 7. Kompanie lag an diesem Tage eine Anzahl Wundschüssen Einzelmarke mit Gewehr über. Verblüffend wurde dem Angeklagten die nach des Feldwebels Meinung die Wunde nicht sofort machte, antwortend, um sie zu wiederholen. Unter den Jünglingsdrucken befand sich auch Schmula. Als er wieder einmal vor dem Vorgesetzten vorbeimarschierte, trat er plötzlich das Gewehr herunter und verfehle dem Vorgesetzten unter den Worten: „Du hast mich geschleimt“ mit dem Gewehr einen Schlag vor die Brust. Dann drehte Schmula das Gewehr um und holte zu einem Schläge mit dem Kolben aus, wozu aber das Gewehr weg, als er sah, daß der Vorgesetzte seinen Säbel ziehen wollte. Vorher hatte der Angeklagte schon vor sich hin ingrinnig die Ausrufung getan: „Der ‚Kreppel‘ will mich wohl schleimen!“ Vor Gericht war Schmula, der noch feinerliche Vorstrafen wegen Mordversuchen hat, geständig. Das Militärstrafgericht sieht für die zur Anklage stehenden Taten eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren Gefängnis vor. Der Anklagebetreiber beantragte jedoch — als absehbendes Beispiel, wie er sagte — zehn Jahre und zwei Monate Gefängnis. Der Angeklagte gab als Erklärung für seine Tat nur an, er habe es „in der Hitze“ getan. Als er den Strafentwurf hörte, brach er in Tränen aus. Das Urteil lautete, wie erwähnt, auf sieben Jahre und zehn Monate Gefängnis. Eine Berufung wird an der Strafe nicht ändern, denn der zur Anwendung gekommene § 57 des Militärstrafgesetzbuchs gehört nicht zu den kürzlich gemilderten Paragrafen. Eine unüberlegte Handlung hat den jungen Menschen für sein ganzes Leben unglücklich gemacht.

Ein anderer Fall: Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand am Dienstag der Unteroffizier Parg Paul vom 3. Infanterieregiment vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Steffin. P. hatte am 21. Juni 1913 mit seiner Kompanie Redübungen zu machen, wobei der Pfleiler D., ein als geistig minderwertig geschätzter Mann, die Übungen schlecht ausführte. Der aufstrebende Leutnant bemerkte das und befahl dem Unteroffizier, den Mann in Ruhe zu lassen, da er offensichtlich stark erschöpft sei. Hierüber soll der Pfleiler gelacht haben. Diese gewiss berechtigten Freude gab dem Unteroffizier Veranlassung, den Soldaten sofort nach erfolgtem Rückmarsch auf seine Stube zu bestellen, wo er ihm dann mit dem Handjeger einen Schlag vor den Kopf versetzte. Der Geschlagene streckte seinen Arm vor, um einen zweiten Schlag abzuwehren, wobei er von dem Unteroffizier eins über das linke Handgelenk erhielt. Die Anklage und auch das Gericht haben den Fall für einen schweren an, der, wie der Verhandlungsleiter ausführte, sehr leicht die Disziplin untergraben könne, da durch solche Mißhandlungen die Kompanien veranlaßt würden, sich an Vergessenen zu vergreifen. Das Urteil gegen den prägelenden Unteroffizier lautete aber trotzdem nur auf 45 Tage Gefängnis.

Neben dem Unteroffizier stand aber auch der Pfleiler unter Anklage. Ihm wurde gar Last gelegt, sich lässlich gegen seinen Vorgesetzten verhalten zu haben! Das Gericht kam schließlich doch zu der Ueberzeugung, daß ein tödlicher Angriff nicht vorliege, sondern nur eine unwillkürliche Abwehrbewegung, und sprach deshalb den Pfleiler frei.

Der Wunderblock der Rechten.

Um einen tiefgeföhnten Bedürfnis abzuhelfen, soll zur Abwechslung wieder einmal ein neuer Block gegründet werden. Und diesmal ist es die konservative Partei, die unter die Blockgründer gegangen ist. In ihrem offiziellen Organ, der konservativen Korrespondenz, wird die Gründung eines Blocks der Rechten vorgeschlagen, der aus konservativen, Antisemiten, Wirtschaftskreisläufern und — Rechtsnational-Liberalen bestehen soll. Das Projekt wird folgendermaßen begründet:

Wenn man bedenkt, daß die Regierung weniger fähig als geföhrt wird, daß die Reichstagen für ein parlamentarisches System sich in letzter Zeit beträchtlich mehren, daß liberale und konservative Weltanschauung gar oft aufeinanderstießen, wenn man weiter bedenkt, daß es keine dem je gilt, der Sozialdemokratie einen

Dam... zugeh... Recht... für d... erwa... für d... Hoff... der... erba... ihre... wärd... Deh... Zeit... weil... kon...
mon... verfr... Mit... sch... die... bei... er... Hil... um d... selbst... losen... rechen... Best... Wind... nach... gepl... gerab... und... legung... als... Blod...
Am... Volks... einen... nomme... gehalten...
... jagt... habe... wunden... heit, wie... daß alle... einer... bürger... um die... und... ungen... schmeig... wird... Seite... fenn... welche... fomen... ihre... Epidem... bleiben...
Nach... bekenn... ihrer... eigenem...
... gegen... freien... zeitige... kann...
... hollen... ist, da... so ist... die... immer...
... Unfer... gischen... Abg... spanisch... schreiben... falls... ein... Redaktion... eine... geme... Der... Abgeord... halten... woz... Völkliche... des... Int... herbor...
... Über... den... Adresse... an... d... Der... Volkst... Abgeord... Abgeord...
... ficht... Abg... H...
... die... Rebe... betri... haben... soll... f...
... Funden...
... Dieser... G... h... höfliche... Person...
... Erklärungen... an... der... mit... feiner... wegen... Mißhan...
... Der... Artikel... des...
... Unter... und... zahlreicher... der... 54... An...
... gründeten... Verh...
... werbs... und...
... abgehalten...
... fessor... Dr...
... L... Jan...